

CONV 186/02

WG V 5

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe "Ergänzende Zuständigkeiten"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 9. Juli 2002

Die Beratungen wurden mit der Vorstellung des von der Europäischen Kommission ausgearbeiteten Dokuments "Die Abgrenzung der Zuständigkeiten: eine Frage der Intensität des Handelns" (WD4 - WGV) und der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Mai 2002 zur "Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten" (Berichtersteller: Alain Lamassoure) eingeleitet. Ferner wurden die Dokumente WD1 - WGV (vom Sekretariat ausgearbeitet) und WD3 - WGV (von Herrn Pieters) und die Beiträge der Herren Farnleitner (CONV 58/02) und Wuermeling (CONV 107/02) geprüft.

Bei den Beratungen im Rahmen des in der vorigen Sitzung abgeänderten Arbeitsprogramms "*Definition des Konzepts 'ergänzende Zuständigkeit' in einem größeren Rahmen (Einteilung der Zuständigkeiten in Kategorien)*" wurden zahlreiche Fragen erörtert, und zwar unter anderem folgende:

- Die - allgemein gebilligte - Vorgehensweise würde darin bestehen, zunächst eine Diskussion über die Einteilung der verschiedenen Zuständigkeiten in Kategorien zu führen und sich anschließend den spezifischen Merkmalen der ergänzenden Zuständigkeiten zuzuwenden und die unter diese Kategorie fallenden Politiken zu bestimmen.

- Es bestand Konsens darüber, dass die vom Europäischen Parlament und die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Einstufungen einander ergänzen. Einige Mitglieder meinten allerdings, dass es der von der Kommission vorgeschlagenen Vorgehensweise etwas an Flexibilität mangle.
- Einige Mitglieder schlugen eine Vorgehensweise vor, die darin bestehen würde, das derzeitige kasuistische Konzept durch ein "allgemeines" Konzept zu ersetzen, in dem die Merkmale einer Zuständigkeitskategorie Gegenstand einer oder mehrerer Bestimmungen des Vertrags wären, während eine andere die betreffenden Bereiche auflisten würde. Hier würde die Aufgabe der Arbeitsgruppe darin bestehen, die Merkmale der ergänzenden Zuständigkeiten, die Tragweite und die Grenzen des Handelns der Gemeinschaft und die zu einer solchen Kategorie zählenden Bereiche zu bestimmen.
- Die Gruppe stellte sich die Frage nach den rechtlichen Auswirkungen einer etwaigen Ersetzung - wie das Parlament dies vorschlägt - der Kategorie der "ausschließlichen Zuständigkeiten" (der Union) durch das Konzept der "eigenen Zuständigkeiten" und nach den Folgen für die derzeitige Formulierung von Artikel 5 EGV (Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit).
- Zahlreiche Redner hoben hervor, dass angesichts der Anforderungen der Globalisierung eine gewisse Flexibilität in einem System der Aufteilung der Zuständigkeiten gewahrt werden müsse. In diesem Zusammenhang wurde auch die Beibehaltung eines Flexibilitätsmechanismus ähnlich wie der des Artikels 308 verteidigt.
- Die in der Entschließung des Parlaments vorgeschlagene Aufhebung der funktionalen Rechtsgrundlagen wurde erörtert; man hielt eine solche Aufhebung allerdings in Anbetracht des erklärten Ziels der Entschließung, wonach die Flexibilitätselemente des Systems beibehalten werden sollten, für paradox.
- Zahlreiche Mitglieder verwiesen auch mit Nachdruck auf die Transparenz (ein Gebot der Demokratie). Es sei von vorrangiger Bedeutung klarzustellen, wer für was in der Union verantwortlich sei.
- Die Frage der Aufgabenverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten wurde auch im Zusammenhang mit der Ausübung der Zuständigkeiten erörtert. Es handelt sich hierbei um die Problematik in Verbindung mit den Fällen, in denen der Erlass von Durchführungsnormen nicht unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, sondern der Kommission übertragen wird, und um die Rolle, die die Komitologieverfahren, die einige Mitglieder vereinfachen oder sogar abschaffen möchten, dabei spielen.

- Einige Mitglieder wiesen darauf hin, dass es der Union in vielen Fällen nicht an Zuständigkeiten mangle, um tätig zu werden, sondern an effizienten Beschlussfassungsverfahren.
- Einige Mitglieder erinnerten daran, dass letztendlich die Staaten die grundsätzliche Zuständigkeit besäßen, ob es sich nun um den nationalen oder aber um den Gemeinschaftsrahmen handle, und zwar über ihre privilegierte Teilnahme am Entscheidungsprozess. Die Union bestehe in einer Abgabe von Hoheitsrechten.
- Einige Mitglieder wiesen auch darauf hin, wie wichtig die Wortwahl bei der Festlegung der Zuständigkeitskategorien ist, und zwar insbesondere bezüglich der ergänzenden Zuständigkeiten. Ausdrücke wie "Restzuständigkeiten" oder "Teilzuständigkeiten" wurden in Betracht gezogen.

Operative Schlussfolgerungen

- Herr Altmaier wird ein Dokument mit einer systematischen Aufzeichnung der Tagesberatungen vorlegen.
- Herr Wuermeling wird ein Dokument mit einer systematischen Darstellung der Grenzen und Beschränkungen bei der Festlegung der so genannten "ergänzenden Zuständigkeiten" vorlegen.
- Die Kommission hat zugesagt, ein Dokument mit einer Analyse praktischer Fälle auf der Grundlage der Anwendung der von der Kommission vorgeschlagenen Einteilungskriterien auf konkrete Sektoren vorzulegen.
- Die Gruppe könnte bei einer Expertenanhörung die Problematik des gemeinschaftlichen Besitzstands behandeln: Worum handelt es sich dabei? Muss er auf jeden Fall beibehalten werden? Muss er angepasst werden?